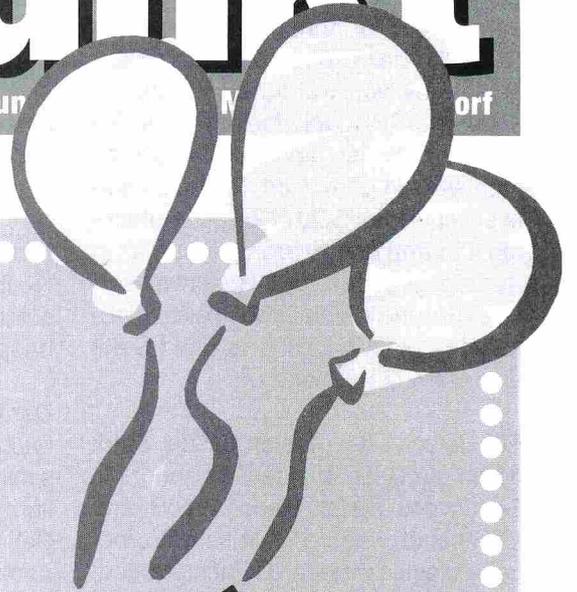


332 8/98

blickpunkt

Zeitung Mörfelden Dorf



22. August 1998
ab 14 Uhr

blickpunkt Sommerfest

Große Tombola
Kaffee und Kuchen
Essen und Trinken
Gute Unterhaltung

Mörfelden · »Goldener Apfel«

Teures Neubaugebiet

Die Allgemeinheit trägt den Großteil der Kosten

Das Baugebiet Plassage/Lange Äcker geht in die Realisierungsphase. Nachdem vor ca. 10 Jahren auf Drängen der CDU und der Grünen ein neues Baugebiet anvisiert wurde, sprang später auch die SPD auf den Zug auf. Im letzten Jahr ist der Bebauungsplan rechtskräftig geworden. Bis dahin hatte er schon viel Geld gekostet. Gutachten für Lärm und Hydrologie wurden in Auftrag gegeben. Die Regenwasserversickerung, die Naturausgleichsmaßnahmen binden Bauherren und Stadt an bestimmte Auflagen.

Ein Beispiel der Kosten für die Stadt durch die Baugebietsausweisung: Mit Bezug des ersten Hauses muß eine Lärmschutzwand erstellt sein. Vorbehaltlich eines weiteren Gutachterergebnisses über die Schutzwand (Höhe und Material werden festgelegt) kostet diese Baumaßnahme zwischen 2,5 und 3,2 Mill. Sie müssen erst einmal von der Stadt vorfinanziert werden. 90% der Kosten können auf die Baugrundstücke - gestaffelt nach Entfernung zur Bahn - umgelegt werden. Bis zur Endabrechnung der Umlegungskosten vergehen mindestens 10 Jahre.

Beispiel: Rechnen wir mit 3 Mill.; 10% oder 300.000 Mark trägt die Stadt. Die Verzinsung der 3 Mill. (dafür müssen Kredite aufgenommen werden) ergeben pro Jahr bei 5% Zins 150.000 mal 5 Jahre = 750.000 Mark zuzüglich der 10% bleiben also allein für die Lärmschutzwand 780.000 Mark bei der Stadt hängen. (Dauert die Zeit bis zur Zahlung der Anliegerbeiträge länger, wird der Betrag entsprechend höher ausfallen.)

Die Erschließungskosten wie Wasser, Kanal, Straßen, Grünbereiche etc. werden wie im vorausgegangenen Beispiel abgerechnet. Kosten etwa 2 Mill.; 10% davon = 200.000 Mark für die Stadt. Ein weiterer Kindergarten wird notwendig sein, ca. 1½ Mill.; ihn trägt die Stadt allein, wenn kein kirchlicher Träger gefunden wird. Die Plankosten belaufen sich auf ca. 1 Mill. Mark und können nicht umgelegt werden. Diese Posten addieren sich auf ca. 3,7 Mill. Mark. Teilt man sie durch

die Einwohnerzahl, so ergibt das einen Betrag von ca. 123,- Mark ob Kind ob Greis. Dabei sind Kosten wie weitere Sportflächen, Zufahrtsstraßen, Kultur- und Sozialeinrichtungen, ebenso die Zinsen aus diesen Investitionen - Konsequenz aus der Bevölkerungszunahme - nicht mitgerechnet.

Man muß sich ernsthaft fragen, ob Neubaugebiete unter diesen Voraussetzungen von den Kommunen überhaupt noch realisierbar sind.

Der CDU-Landtagskandidat R. Haselbach verkündete vollmundig zum Abschluß der Planungsphase: Ein Highlight der Kommunalpolitik sei dieser Bebauungsplan. Für die Kommunalfinanzen ist dies sicher kein „Hochlicht“, für wen überhaupt? Anstatt viel Geld für die Erweiterung der Stadt auszugeben, sollte besser in die jetzige Stadt investiert werden.

Der „blickpunkt“ freut sich immer auf Leserbriefe

Kleingärten Mangelware

Seit Jahren ist der Mangel an Kleingärten in unserer Stadt akut. Walldorf besitzt zwei Standorte für Hobbygärtner und Mörfelden eigentlich keinen (abgesehen vom „See“ und dem Gebiet um das Wasserwerk im „Brücherbusch“). Denn dies sind keine geordneten Kleingartenkolonien im Sinne von Vereinsgelände. Die Bemühungen der Stadt, hier Abhilfe zu schaffen, sind halbherzig. Bis jetzt ist weder ein Bebauungsplan aufgestellt, noch sind konkrete Schritte zur Realisierung eingeleitet. Das Einzige ist die Absicht, im Flächennutzungsplan im Areal zwischen Bahn/B 44/Mörfelden/Wagenin-

ger Str. ein Kleingartengelände auszuweisen. In der Realisierung gibt man sich unbeholfen, so daß man nicht sagen kann, wann die Sache spruchreif wird. Zur Zeit schiebt man finanzielle Gründe für das Nichtstun vor.

Wegen Mangel an geeignetem und genehmigtem Gelände haben viele Bürger in der Feldgemarkung Kleingärten angelegt. Die Enge der Wohnbebauung läßt die Sehnsucht zur Natur gedeihen. Daher haben viele Gärten Freizeitcharakter. In einen Garten gehört eine Hütte zur Aufbewahrung von Gartengeräten. Daß manche Gärtner in der Größe übertreiben ist bekannt.

Die Aktivitäten der Bauamtverantwortlichen, Mißständen Herr zu werden, erschöpft sich in der Erfassung und Beseitigung von „illegalen Bauten im Außenbereich“. Zwar ist dies Sache der Bauaufsicht, die in Groß-Gerau sitzt, doch im Mörfelder Rathaus wird Amtshilfe geleistet.

Jüngst hat die CDU eine Anfrage gestellt mit dem Ziel der Beseitigung der Gartenhütten. Sie wollte wissen, wieviel illegale Hütten es gibt, auf wieviel Grundstücken sie stehen und wie man gegen die Besitzer vorgehe.

Erst muß Kleingartengelände vorhanden sein, dann kann man den Gartenliebhabern einen Ersatz für ihren „wilden“ Kleingarten anbieten und die Hobbygärtnerei in geordnete Bahnen lenken. Vielleicht wäre ein geeigneter Weg, einen Verein zu initiieren, der als Planer und Finanzier einer Kleingartenkolonie auftritt. Die Stadt könnte hier im Sinne vieler Bürger Amtshilfe leisten. Das wäre auch für die Stadt die kostengünstigste Lösung. Und außerdem würde der Verein selbst die Regularien der Selbstverwaltung festlegen. R.D.

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553



Langsam merken die Leute, was auf sie zukommt

Immer mehr Menschen spüren es: Die Grenze der Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Balungsgebiet ist überschritten. Der Flughafen Frankfurt hat sich zum größten ökologischen Problem Hessens entwickelt. Sollte die Landebahn-Nord gebaut werden, dann wären erneut 60.000 Menschen betroffen. Sie würden dann ebenfalls in einem Gebiet leben, in dem ein Dauerschallpegel von 60 Dezibel vorherrschen würde.

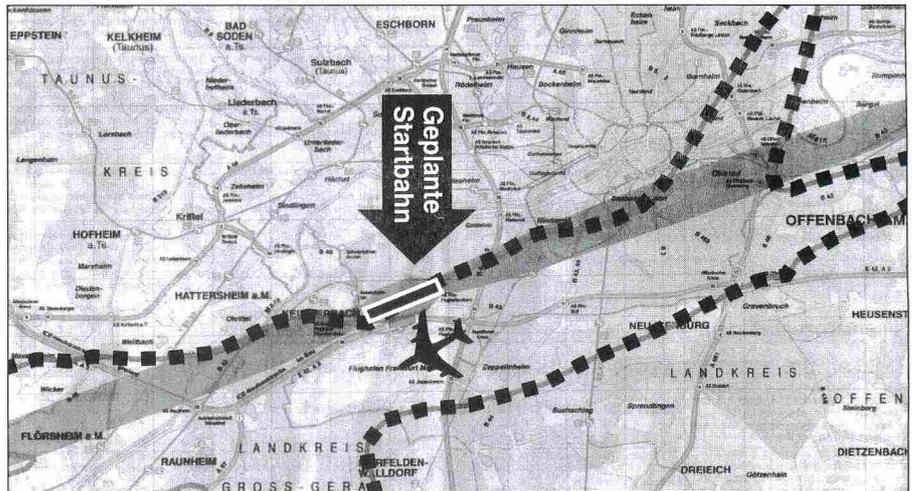
Die Ausbaubefürworter haben nur ein Argument: Arbeitsplätze. Oft wird dabei vergessen, die meisten Kolleginnen und Kollegen die auf dem Flughafen arbeiten, leben im Flughafenumland - sie und ihre Kinder leiden auch unter Lärm und Dreck der Düsenjets. Zweifellos hat der Flughafen Frankfurt eine große wirtschaftliche Bedeutung, er ist aber keinesfalls die „Jobmaschine“, als die er dargestellt wird.

Tatsache ist: mit dem seitherigen Flughafen-Wachstum ist die Belegschaft nicht proportional gewachsen. Außerdem: Die Flughafen-Aktiengesellschaft will im Jahr 2000 an die Börse - bis dahin will sie ihren Wert steigern, indem sie vor allem Personalkosten senkt.

Es heißt, der Flughafen steht im „nationalen und internationalen Wettbewerb“ und ist zum Ausbau gezwungen. Diese „Logik“, dieses „fressen oder gefressen werden“ ist nicht zu akzeptieren. Notwendig ist eine nationale und internationale Zusammenarbeit der Flughäfen.

Notwendig sind künftig andere Lösungen, damit die Belastungen, die vom Flugverkehr ausgehen, minimiert werden. Dazu gehören die Einführung einer Kerosinbesteuerung und die Abschaffung der Subventionen für den Luftverkehr.

Bei den Planungen am Frankfurter Flughafen dürfte es eigentlich keine Entscheidung gegen die Region und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Umlandes geben. Immerhin,



Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt:

„Eine Landebahn im Schwanheimer Wald hätte in Oberrad, Sachsenhausen und Niederrad ein bis zu 1,6 Kilometer breites Lärmband zur Folge. Auch über Offenbach und Flörsheim würde der Dauerschallpegel auf 60 Dezibel steigen. Zu diesem Ergebnis kommt der „TÜV Anlagen und Umwelt“, der die Studie im Auftrag des Umweltamtes erstellt hat. Die 60 Dezibel-Grenze ist von besonderer Bedeutung. Denn der Entwurf für die Neufassung des hessischen Landesentwicklungsplans sieht vor, daß in Gebieten, in denen der 60 db(A)-Dauerschallpegel überschritten wird, keine neuen Baugebiete mehr ausgewiesen werden dürfen. Sollte eine Kommune per Ausnahmeregelung das Bauverbot um-

gehen, müßten Schallschutzfenster installiert sowie eine aufwendige Schallisolation der Dachkonstruktion vorgenommen werden. In Frankfurt wären von der 60 dB(A)-Regelung Teile Niederrads, Sachsenhausen südlich der S-Bahn-Trasse, Oberrad sowie Teile von Fechenheim und Bergen-Enkheim betroffen. Die liegen entweder schon heute im Lärmeinzugsbereich des Airports oder würden zusätzlich durch das 60 dB(A)-Band der Nordbahn erfaßt. Zwischen Maintal im Osten und Flörsheim im Westen würde ein 38,75 Kilometer langes und bis zu 1,6 Kilometer breites Lärmband entstehen, in dem ein Dauerschallpegel von 60 dB(A) vorhanden ist.“

(Die gestrichelte Linie markiert jenes Gebiet, in dem bereits heute der Fluglärm 60 db(A) erreicht.)

nach dem Bau der Startbahn/West sagte der damalige Ministerpräsident Holger Börner: „Kein Baum darf mehr fallen!“ - mittlerweile wurden erneut 140 Hektar Wald vernichtet und nun denkt man sogar daran, für eine weitere Startbahn im „Bannwald“ zu roden.

Wenn man mitdiskutieren will, sollte man sich vor allem ein paar Zahlen merken! Im Jahr 1997 gab es 392.121 Flugbewegungen - bis zum Jahr 2003 sollen es 555.000 Flugbewegungen werden. Vor 8 Jahren gab es 40 Nachtflüge - heute sind es 104. Eine neue Startbahn im Schwanheimer Wald hät-

te ein neues kilometerlanges Lärmband von Offenbach bis Flörsheim zur Folge.

Und das Mediationsverfahren? Immer mehr spüren: Wiesbaden hat diese Gesprächsrunde arrangiert mit der Absicht, den Widerstand gegen weitere Ausbaumaßnahmen psychologisch auszuhebeln und das Thema Flughafenenerweiterung aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten. In der Mediationsrunde soll letztlich darüber diskutiert werden, „wie“ der Flughafen wachsen soll und nicht, „ob“ er wachsen soll. Was soll da eine Teilnahme? rh

Züblin auf die Pelle gerückt

Am Freitag, 17. Juli 1998, nachmittags um 16 Uhr, feierte der Baukonzern Züblin sein 100jähriges Jubiläum in seinem Stuttgarter Hauptsitz.

Schwarze Limousinen rollten heran, die Ehrengäste - Industrielle, Politiker, dabei Ministerpräsident Teufel, stiegen aus und bekamen von H. J. Oswald und Rudi Hechler ein Flugblatt in die Hand gedrückt.

Manche waren verduzt, aber da zwei Fernseherteams die Kameras aufgebaut hatten, steckten viele das Flugblatt in ihre Jackentasche.

Die folgenden Tage war Züblin Medienereignis. Nach vielen Jahren in denen wenig passiert wurde, wurde das ehemalige KZ-Außenlager Walldorf Tages-thema.

Zur Chronologie: In den 70er Jahren entdeckten drei junge Leute von der DKP ein total vergessenes und verdrängtes KZ-Außenlager im Wald in der Nähe des Frankfurter Flughafens. Die DKP druckte damals zwei Broschüren, in denen auch die Rolle der Firma Züblin beschrieben wurde, machte eine Ausstellung in der Walldorfer Stadthalle.

Die Staatsanwaltschaft ermittelte anschließend gegen Wachmannschaften - Staatsanwalt Vogel in Darmstadt stellte Ende der 70er Jahre das Verfahren gegen den Lagerkommandanten SS-Sturmscharführer Loehs u.a. ein.

Auf Antrag der DKP-Fraktion im Stadtparlament wurde auf dem Gelände im Jahre 1980 ein Gedenkstein errichtet.

Dann war lange Jahre „Schweigen im Walde“. Erst nachdem das Thema von Schulklassen aufgegriffen wurde, die Überlebende suchen, für Opferentschädigungen kämpfen, den Wald säuberten, damit demnächst von der Stadt Mörfelden-Walldorf ein Lehrpfad eingerichtet werden kann, kam wieder Bewegung in die Angelegenheit.

Aber Züblin blieb unzugänglich - antwortete auf keine Briefe und auch nicht auf einen Appell der hiesigen Stadtverordnetenversammlung.

Richtig Aufregung gab es in Stuttgart erst wieder, als man den „hohen Ehrengästen“ ein Flugblatt in die Hände drück-



te, in dem es u.a. heißt: „Heute ist die Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Züblin“. Wir erwarten, daß wenigstens heute das Thema angesprochen wird. Heute sollte man sich bei den Opfern entschuldigen, heute sollte man von Entschädigung reden.

Wir und viele Bürgerinnen und Bürger der Rhein-Main-Region fragen, ob sich eine Weltfirma an der Schwelle zum Jahr 2000 leisten kann, diesen Teil ihrer Geschichte auszublenden. Es ist schließlich nicht zu übersehen, die Geschichte hat auch die Firma Züblin eingeholt! ... Wir erwarten vor allem ein Überdenken der seitherigen Haltung, eine offizielle Entschuldigung und eine Entschädigung der Opfer.“

Erstmals, so schien es, erfuhren manche Ehrengäste die Fakten: Im Jahre 1944 waren im KZ Außenlager Walldorf 1700 ungarische Jüdinnen interniert, um für Züblin am Flughafen zu schuften. Die Arbeit ging von 6 bis 18 Uhr. Züblin bezahlte 4,- Reichsmark

pro Tag und Arbeitskraft und übernahm eine „Mindestversorgung“.

Klar - an ihrem hohen Feiertag wollten sich die Züblin-Herren dann doch nicht äußern - doch ein paar Tage später machte man eine Pressekonferenz und hier begann der zweite Teil des Skandals.

„Züblin hatte seither nichts gewußt - nach „umfangreichen Recherchen sind nur ein paar Gehaltslisten“ gefunden worden, hieß es. Bleibt die Frage wieso hat Züblin nicht die zahlreiche Dokumente gesichtet, die sich seit Jahren in Mörfelden-Walldorf befinden und die z.T. mehrmals veröffentlicht wurden.

Es wurde deutlich Züblin will sich vor einer Entschädigung drücken. Andere Konzerne haben ähnlich gehandelt. Es gibt aber auch aktuelle andere Verhaltensweisen: VW will die ehemaligen Zwangsarbeiter jetzt „individuell“ entschädigen. Bei Adler in Frankfurt wurde den wenigen Überlebenden eine Summe von je 8000 Mark ausgezahlt und viele weitere Beispiele.

Züblin-Vorstandsvorsitzender Nußbauer, der auf der Pressekonferenz anwesende Journalisten barsch anfuhr, meinte: Züblin hätte damals keinen Profit aus der Zwangsarbeit erzielt. Bleiben Fragen: Hat Züblin damals keine Rechnungen gestellt? Wurden die Rechnungen nicht bezahlt? Wurde 1948 das Firmen-Reichsmark-Vermögen nicht umgetauscht?

Mittlerweile leben nur noch wenige der ungarischen Jüdinnen. Sie leben zum Teil in Armut. Der Weltkonzern Züblin mit 14.000 Beschäftigten, hat für sie keine Mark und keine Entschuldigung. Also: Züblin bleibt auf der Tagesordnung!

Wochenzeitung der DKP



Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

Am 27. September ist Bundestagswahl

Kohl muß weg

eine andere Politik muß her



Abriß stoppen

Der Presse war zu entnehmen, das alte Wohnhaus in Mörfelden, Frankfurter Straße 70, soll Neubauten weichen. Rechtlich sei nichts zu verhindern.

Rudi Hechler schickte daraufhin der Firma Obitz, die das Vorhaben betreibt, ein Schreiben, in dem es u.a. heißt:

„Ich möchte Sie dringend bitten, von dem Abrißvorhaben abzusehen und eine Umplanung vorzunehmen.

Unsere Stadt hat nicht nur eine „Baugeschichte“ sondern leider auch eine „Abrißgeschichte“. Mit vielen Häusern die in der Vergangenheit abgerissen wurde, ging auch ein Stück Identität, ein Stück Heimat- und Baugeschichte verloren. Heute wäre es zum Beispiel kaum noch möglich die alten Häuser „Im Eck“, das alte Rathaus, das alte Forsthaus abzureißen.

Das Bewußtsein ist gewachsen: man muß solche alten Häuser erhalten, nicht nur, weil sie das Stadtbild bereichern, sondern auch, weil die Erhaltung auch für künftige Generationen wichtig ist.

Selbst wenn die „Rechtslage“ Ihnen freie Hand gibt, sollten Sie obige Argumente bedenken. Ich will Ihnen nicht mit der „Sozialpflichtigkeit“ des Eigentums kommen, Sie aber in jedem Fall daran erinnern, daß es zu jeder Zeit ein Mäzenatentum gegeben hat. Das waren vermögende Leute, die der Nachwelt etwas Vernünftiges überlassen haben.

Sie können sicher sein, eine neue Planung, die das alte Haus miteinbezieht, würde von der örtlichen Politik, den Medien und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt anerkannt und begrüßt.“

Ein ähnliches Schreiben ging an den Magistrat unserer Stadt mit der Bitte, eine Abrißgenehmigung auf keinen Fall zu erteilen.

Die Erhaltung des Hauses scheint besonders wichtig, weil es nur sehr wenig vergleichbare Bauten in der Stadt gibt. Außerdem, und das ist nicht nostalgisch verklärt, gibt es viele Erinnerungen der älteren Bürgerinnen und Bürger an das Haus, das einst allein im freien Feld stand, was alte Fotos belegen.

Profit um jeden Preis?

Das Jugendstilhaus in der Frankfurter Straße soll abgerissen werden zugunsten einer Bebauung, die 16 Wohneinheiten umfaßt. Da das Haus - 1904 erbaut - nicht unter Denkmalschutz steht, die Baugrenzen großzügig sind, gibt es seitens des Bauamtes wenig Handhabe gegen die Totalbebauung. Fakt ist aber, daß Parkplätze in der Nachbarschaft rar werden, obwohl Stellflächen in einer Tiefgarage nachgewiesen werden. (Entweder fahren die Mieter nicht in den Keller oder die Stellflächen kosten extra Miete und werden deshalb gespart.)

Die Dimensionen von Wasserleitung und Kanal sollten vor einer Baugenehmigung untersucht werden, ob sie ausreichend sind. Spätestens dann, wenn Nachbarn die gleiche Grundstücksausnutzung anstreben, reichen die Ver- und Entsorgungsleitungen nicht mehr aus.

Außerdem, so wie die Pläne aussehen, würden die künftigen Bewohner der Neubauten auf Kosten des „Grüns der Nachbarn“ leben.

Solchem Wildwuchs der Stadtbauung gilt es Einhalt zu gebieten. Profit sollte Grenzen gesetzt werden, wo die Allgemeinheit benachteiligt wird.

Muß der Müll so teuer werden?

Seit Nov. 97 informiert der „blickpunkt“ monatlich über die geplanten gewaltigen Preissteigerungen bei der Müllentsorgung. Wie bekannt, will sich der Kreis Groß-Gerau ab 1. Januar '99 dem Zweckverband für Abfallbeseitigung Südhessen (ZAS) mit dem Kreis Darmstadt Dieburg, Odenwaldkreis und der Stadt Darmstadt anschließen. Ausgelöst wurde dieser Entschluß durch ein Gesetz der Bundesregierung (TASI), daß dies zu geschehen habe ab 1.1.99, wenn Verbrennungsmöglichkeiten bestehen, und wenn diese nicht vorhanden sind, spätestens ab 1.1.2005.

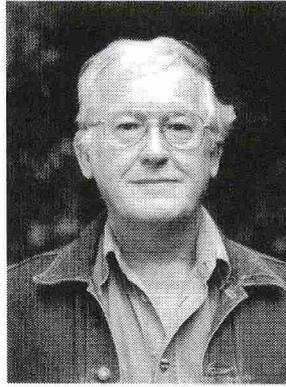
Nun liegt das Angebot der Darmstädter ZAS dem Kreis Groß-Gerau vor, mit einem Preis von 430 DM je t Restmüll bei Benutzung der Büttelborner Depo-

nie für die Schlacke der gesamten ZAS-Mitglieder. Zur Zeit bezahlen wir 250 DM für die Tonne für die Deponierung in Büttelborn. Ab 1.1.99 würde die Erhöhung von 70% auf die Bürger auch unserer Stadt umgelegt. Laut Freitags-Anzeiger vom 6.8.98 bedeutet der höhere Verbrennungspreis sogar, daß künftig pro Tonne Restmüll 36 anstatt 20,40 Mark im Monat zu zahlen sind (das sind sogar 77% Erhöhung). Das kann und darf sich die Bevölkerung nicht bieten lassen. Man muß sich die Preise einmal vor Augen führen. Eine Tonne das ist ungefähr 1 bis 1,5 Kubikmeter. Ein Müllfahrzeug der Fa. König faßt 12 t, das wären 5160 DM bei einem Verbrennungspreis von 430 Mark. Wie zu hören, bezahlt der Kreis Bergstraße für die Verbrennung seines Mülls „nur“ 160 Mark pro Tonne. Kelsterbach schert evtl. wegen der hohen Preise aus, um Müll in der Frankfurter Nordweststadt, einschließlich Schlackende-

ponierung, für 220 DM verbrennen zu lassen. Unklar ist auch die Schlacken-deponierung in Büttelborn. Derzeit werden die Schlacken aus Darmstadt per Schiff nach Duisburg und von dort weiter per Bahn nach Krefeld gebracht, wo sie für den Straßenbau aufbereitet werden. Inzwischen sieht es so aus, als würden sich unsere Kreispolitiker von Darmstadt über den Tisch ziehen lassen. Man tut so, als gäbe es keine Alternativen. Wir plädieren nicht für die Privatisierung der Müllentsorgung. Die gewählten Vertreter, in Zukunft noch stärker auch die in den Kommunen, sollten ihren Wählern verantwortlich bleiben. Wir fordern die Kreisverantwortlichen auf, sich nicht vom Regierungspräsidenten unter Druck setzen zu lassen. Dieser hatte kürzlich in einem Schreiben an den Kreis so getan, als wäre keine andere Lösung, als der Beitritt zur ZAS möglich; und der Riedwerke-Chef hört aufs Wort. H. Hechler

Rudi Hechler, Direktkandidat der PDS im Wahlkreis 141 Groß-Gerau

Personalabbau, Sozialabbau, Serviceabbau - der „Segen“ der Privatisierung



Wenn nach drei Tagen eine abonnierte Tageszeitung nicht im Briefkasten ist, ruft man schon mal bei der Post an. Nur - einen ganzen Vormittag geht in Walldorf und Mörfelden niemand ans Telefon. Nachmittags erreicht man eine Person, bekommt auch eine Telefonnummer in Darmstadt, die weiterhelfen soll, nur - dort geht auch niemand dran.

Wenn man sich dann weiter um die Sache kümmert, merkt man schnell: die Postbediensteten vor Ort trifft keine Schuld. Sie sind selbst Betroffene. Personalkürzungen, Streß und Druck führen täglich zu Problemen, und man hat den Eindruck, es wird noch ärger.

Dazu paßt dann die Pressemeldung: „Die Deutsche Post AG plant die Schließung von rund 5000 Filialen bis zum Jahr 2003.“

Aber es ist nicht nur die Post AG, auch die Deutsche Bahn AG plant einen dramatischen Arbeitsplatzabbau. Es sollen über 30.000 Beschäftigte ihre Arbeitsstellen verlieren.

Hinzu kommen umfangreiche Streckenstilllegungen, die weitere Arbeitsplätze vernichten, und neue Preiserhöhungen.

Bei der Privatisierung der ehemals bundeseigenen Betriebe war zu hören, für alle kann es nur besser werden. Doch nun hebt sich der Schleier, den die Marktapostel über ihre gesegnete Privatisierung gelegt haben. Vorteile haben einzig und allein die Aktionäre, deren Aktienwerte nach der Bekanntgabe des geplanten Personalabbaus in die Höhe schnellen werden. Die tiefgreifenden Nachteile werden die Benutzer und die Beschäftigten von Post und Bahn zu tragen haben.

Das Bahn-Vorstandsmitglied Axel Nawrocki sagte, daß die Bahn es sich nicht leisten könne, „ständig leere Züge durch die Gegend zu fahren“. Doch wo

bleiben die Vorschläge und Maßnahmen, damit die Züge wieder voller werden? Wo ist ein bundesweites Verkehrskonzept, das Wartezeiten verringert, das abgestimmt ist mit Bus, U- und S-Bahnen, das Fahrpreise hat, die für Familien, Berufspendler, Jugendliche und Rentner erschwinglich sind? Doch das ist nicht profitträchtig genug, und darum liegen solche Gedanken solchen Herren völlig fern, ferner als alle Zielbahnhöfe ihrer Fernzüge. Die letzten Elemente der Sozialpflicht-

tigkeit des Staates werden von dieser Bundesregierung systematisch zerstört. Alles was nur den Geruch von Gewinnsteigerung hat, wird an das Kapital verschleudert. Es wäre die verdammt Aufgabe und Pflicht dieser Regierung, unsere Steuergelder unter anderem für bevölkerungsfreundliche Verkehrskonzepte auszugeben, anstatt sie milliardenstarken Konzernen für leere Standortversprechungen und eine Handvoll Arbeitsplätze zuzustecken. Wenn wundert es da, daß die Automobilindustrie boomt, der Straßenverkehr zunimmt, die Staus länger werden und der Ruf nach neuen Autobahnen und Flughafenerweiterungen immer lauter wird. Die Konsequenzen werden nicht auf sich warten lassen. Neben dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und ihrer katastrophalen gesellschaftlichen Folgen wird die voranschreitende Umweltverschmutzung und -zerstörung ein Ansteigen entsprechender Krankheiten in dieser und kommenden Generationen zur Folge haben. Doch das dient dem Profit, und das hat System, denn das ist das System.

Unterschriftenaktion für eine fahrradfreundliche Stadt

Seit Jahren setzt sich die DKP in der Stadtverordnetenversammlung für eine fahrradfreundliche Stadt ein. Es wurden viele Beschlüsse gefaßt. Die Umsetzung jedoch läßt zu wünschen übrig. Aus diesem Grund hat Heinz Hechler (DKP) eine Unterschriftenaktion gestartet, die nachfolgende Forderungen nennt. Innerhalb einer Woche kamen fast 40 Unterschriften von Radsport-Aktivisten zustande.

„Wir dachten, Mörfelden-Walldorf würde einmal eine fahrradfreundliche Stadt werden. Es wurde viel darüber geschrieben und gute Beschlüsse wurden gefaßt. Viel Zeit ist inzwischen vergangen, aber geschehen ist noch nichts.“

Wir meinen, das sollte sich trotz Finanznot ändern lassen.

Wir fordern den Magistrat und die Verwaltung unserer Stadt auf, endlich auf diesem Gebiet tätig zu werden.

Folgende Sofortmaßnahmen sollten kurzfristig zu realisieren sein:

- Beginn der Umsetzung des bereits 1996 diskutierten Radwegkonzeptes.
- Beschilderung der überörtlichen Radwege.
- Aufstellen von neuzeitlichen Fahrradständern an Rathäusern, Bahnhöfen, Bürgerhaus u.s.w.
- Randsteinabsenkungen an von Radfahrern benutzten Wegen Straßen und Übergängen.“



11. September 1973 Putsch in Chile

Der sozialistische Präsident Salvador Allende, Hoffnungsträger nicht nur des chilenischen Volkes, wurde vor 25 Jahren, am 11. September 1973, in Santiago de Chile im Regierungspalast Moneda ermordet. Der Auftraggeber und Verantwortliche für diesen Mord und den dann folgenden Tausenden von Morden, Folterungen, Vertreibungen, Verfolgungen und Elend heißt Pinochet.

Mit brutalster Gewalt wüteten Militär und Polizei. Unter seinen militärischen Beratern und Gefolgsherren waren auch ehemalige deutsche Nazigeneräle. Der Putsch wurde mit Hilfe der USA durchgeführt.

Damals gab es in der ganzen Welt Proteste, auch in unserer Stadt fanden Demonstrationen gegen Chiles Militärdiktatur statt.

Im April 1998 wurde Pinochet zum Senator auf Lebenszeit ernannt. Somit kann er nie für die unter seiner Verantwortung begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Er behält weiter die Oberhand über das Militär und die Polizei.

Einer Initiative des Europäischen Parlaments im März 1998, ihre Abscheu gegenüber der Absicht, Pinochet zum Senator auf Lebenszeit zu ernennen und statt dessen für eine Aufklärung der begangenen Verbrechen zu sorgen, stimmten die deutschen CDU-Abgeordneten nicht zu. Sie verhinderten damit, daß eine Möglichkeit, Druck auf das chilenische Parlament auszuüben und evtl. Mut zu anderen Mehrheiten im Parlament zu schaffen, nicht genutzt werden konnte.

Heute geht es einer bestimmten Schicht besser als jemals zuvor, der Mittelstand wächst, aber für den größeren Teil des chilenischen Volkes bleibt bitterste Armut und Elend. Ein Entsolidarisierungsprozeß ergreift immer mehr

Menschen, für viele zählt nur noch das eigene nackte Überleben. Die Menschen werden, wie auch in unserem Lande, immer unsensibler für die Bedürfnisse der Anderen.

Die Demokraten unseres Landes nahmen im November 1973 die ersten chilenischen Emigranten herzlich auf. Mit ihnen gemeinsam hofften wir, daß sie bald wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten. 15 Jahre dauerte es,

bis die ersten zurückkehren konnten. Und noch immer können nicht alle zurück, ohne Angst um ihr eigenes Leben oder das ihrer Familien zu haben.

Viele in unserer Stadt beteiligten sich damals an der großen Solidaritätsbewegung für das Volk in Chile. Auf Antrag der DKP wurde im Stadtparlament mit den Stimmen der SPD ein Platz nach dem Sozialisten Salvador Allende benannt.

11. September 1998 - 25. Jahrestag der Ermordung von Dr. Salvador Allende

Veranstaltungen in unserer Stadt

Mittwoch, 9. September 1998

20 Uhr, Jugendzentrum Mörfelden

Filmabend

„Vermißt“, US-Film von Castra-Gavras mit Jack Lemmon und Sissy Spacek

Donnerstag, 10. September 1998

20 Uhr, Kino „Lichtblick“ Walldorf

„Das Geisterhaus“, von Isabel Allende

Freitag, 11. September 1998

12.30 Uhr, Allende-Platz Mörfelden

Gedenkveranstaltung

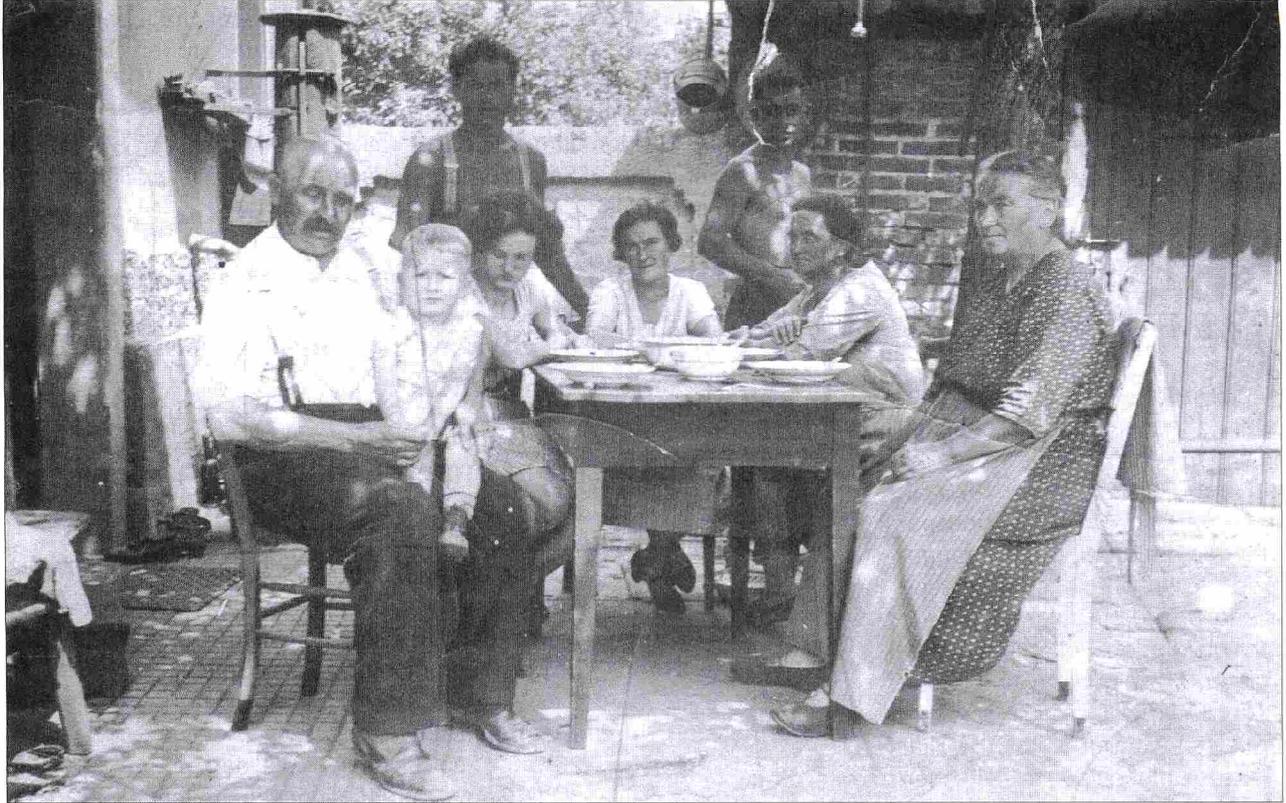


Das kleine Kuba trotzt seinem mächtigen Nachbarn USA, der versucht, mit allen Mitteln, mit Sanktionen und Boykott-Maßnahmen das Volk und seine Regierung in die Knie zu zwingen.

Als hätte das Land nicht genug Probleme, gibt es jetzt noch eine langanhaltende Dürre. In mehreren Provinzen wurde der Notstand ausgerufen. Für Kuba bleibt also Solidarität lebensnotwendig!

Am 4. Juli wurde auf dem Frankfurter Opernplatz (unser Foto) die Europäische Delegation zur Unterstützung der „US-Freundschaftskarawane der Pastoren für den Frieden“ verabschiedet. Diese 8. Karawane ist mittlerweile, in diesem Jahr von US-Behörden unbehindert, mit über 500 Tonnen humanitären Hilfsgütern in Havanna eingetroffen.

Stadtgeschichten



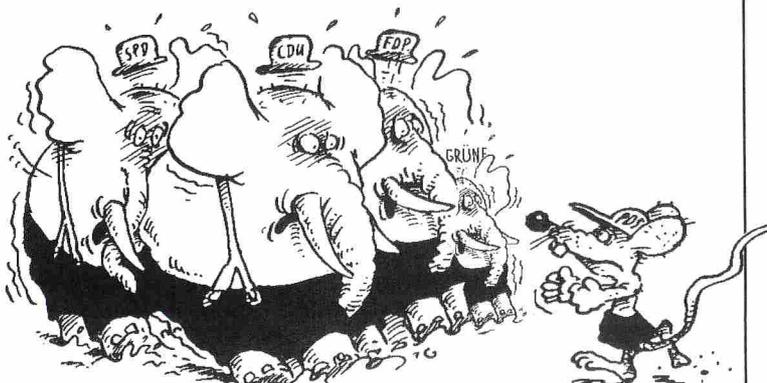
Gemeinsames Mittagessen im Hof des Anwesens Westendstraße 18 in Mörfelden. Es war die Familie Fritz, die an einem heißen Sonntag im August des Jahres 1930 ihr Mittagmahl im Schatten eines Birnbaumes zu sich nahm. Der Sitzplatz im Freien war sehr spartanisch, ohne Gartenmöbel mit bunter Auflage und ohne Hollywoodschaukel. Es wurden ganz einfach die Stühle und der Tisch aus der Küche herausgetragen, und es kam trotzdem etwas Gemütlichkeit auf im arbeitsreichen Alltag. Es war dörfliche Idylle, wie sie heute nur noch selten anzutreffen ist. Im Hintergrund, neben der Haustür, sieht man noch die Hofpumpe und gegenüber die Waschküche, an deren Wand die Gießkanne hing. Die schmutzigen Schuhe für die Arbeit im Stall standen neben der Haustür, denn auch sonntags mußte das Vieh, oft waren es Schweine, Ziegen, Hasen und Hühner, versorgt werden.



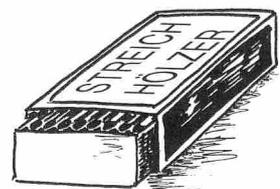
Die Mittagsrast fand dort statt, wo sich heute ein Parkplatz hinter dem Schuhgeschäft Völker befindet. Wir sehen auf dem Foto von links : Den Großvater Wilhelm Fritz mit seinem Enkel Heinz Hechler und stehend seine beiden Söhne Jakob und Wilhelm Fritz. Sitzend sehen wir von links seine Nichte Sophie Fritz (später Haag), seine Tochter Luise Hechler geb. Fritz, seine Schwägerin Sophie Fritz und ganz rechts seine Frau Eleonore Fritz.

Auf in den Kampf . . .

Keine Angst!
Einfach ignorieren!!



Unser Lexikon



**Streichhelzer-
scheschtelsche**